

## Göttweiger Erklärung 2012

Die Europäische Union befindet sich in einer schwierigen, vielleicht der schwierigsten Phase seit Beginn des Integrationsprozesses vor mehr als einem halben Jahrhundert. Die Schuldenkrise bedroht nicht nur einzelne europäische Staaten – sie ist zu einer fundamentalen Herausforderung für die weitere Entwicklung Europas geworden. Es ist offenkundig, dass sich die Europäische Union an einer Kreuzung befindet, doch noch ist nicht erkennbar, wie mögliche Wege in der Zukunft verlaufen werden. Was bleibt von Europa? Während die einen das Ende des europäischen Integrationsprozesses vorhersehen wollen, fordern andere mehr Integration und eine Vertiefung des europäischen Projekts.

Seit 17 Jahren widmet sich das Europa-Forum Wachau dem Integrationsprozess, diskutiert unterschiedliche Fragen von europäischer Dimension und liefert Impulse für die Zukunft der EU. Stets hat dabei die Fortentwicklung des Integrationsprozesses eine zentrale Rolle gespielt.

Gerade in dieser kritischen Phase europäischer Integration verweist das Europa-Forum Wachau darauf, dass globale und regionale Herausforderungen zusammenhängen und gemeinsame Lösungsstrategien notwendig sind:

- 1.) Regionen spielen eine wichtige Rolle zur Überwindung von Gegensätzen in Europa und bieten Räume der Sicherheit gegenüber einer Vielzahl von Herausforderungen, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union konfrontiert sehen. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheit sind starke Regionen Einheiten, mit denen sich die Menschen identifizieren und Europa gleichsam auf den Boden bringen. Ein gelungenes Zusammenspiel zwischen Regionen, Mitgliedsstaaten und der EU ist Garant für die Fortsetzung der erfolgreichen Integrationspolitik in Europa. Regionen sind der Entstehungsort von Ideen und Initiativen und dienen der Entwicklung einer kritischen Masse in verschiedenen Bereichen, von Wirtschaft über Forschung und Entwicklung bis hin zu Vernetzung und Wissenstransfer. Damit sich die Regionen erfolgreich einbringen können, sind sie mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Niederösterreich hat sich stimmigewaltig schon im Herbst 2010 dafür eingesetzt und 143 Regionen und später auch regionale Verbände als Unterstützer dafür gewonnen.
- 2.) Um Europas Wirtschaft nachhaltig wettbewerbsfähiger zu machen, werden Strukturreformen in den Nationalstaaten verlangt. Es sollte dabei der generelle Grundsatz gelten, dass Wirtschaftswachstum durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und nicht durch neue Schulden erzielt werden sollte. Daher ist es vordringlich, die Stabilität des Euro sicherzustellen. Auf institutioneller Ebene ist eine engere Verflechtung der EU-Mitgliedstaaten durch die Errichtung einer Fiskalunion und damit verbunden einer gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu begrüßen. Mit Blick auf die Donaunraumstrategie soll eine bessere Vernetzung in den umfassten Regionen erzielt werden. Niederösterreich setzt dabei Vorzeigeprojekte um.
- 3.) Gemeinsame Kultur und Traditionen sind wesentliche identitätsstiftende Merkmale von Regionen. Ein kooperatives und stabiles Miteinander kann nur durch einen umfassenden Dialog unterschiedlicher Kulturen gelingen. Makroregionale Strategien,

wie die EU-Strategie für den Donauraum, die Östliche Partnerschaft der EU sowie die Regionale Strategie über den interkulturellen Dialog und die Zusammenarbeit in Osteuropa im Rahmen der Allianz der Zivilisationen (UNAOC), sind identitätsstiftend und fördern gleichzeitig kulturelle Vielfalt. Durch die Sammlung, Auswertung und Verteilung von Best Practice Beispielen im Donauraum und in der Schwarzmeerregion kann gezeigt werden, dass Kulturinitiativen einen wesentlichen Beitrag für mehr Respekt, Toleranz und weniger Diskriminierung in unseren Gesellschaften leisten können. Auf europäischer Ebene soll Kulturpolitik gleichrangig mit anderen Politikfeldern behandelt und Fördermöglichkeiten für kleinere Kulturprojekte leichter zugänglich gemacht werden.

- 4.) Mit Blick auf regionale und globale sicherheitspolitische Herausforderungen ist eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU notwendig. Aufgrund der sinkenden finanziellen Möglichkeiten erscheinen Maßnahmen wie *Pooling and Sharing* als notwendig und müssen diese für die EU nutzbar gemacht werden. Eine starke EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik trägt entscheidend dazu bei, das Vertrauen und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Union zu festigen. Darüber hinaus gilt es aber auch, geeignete Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit der Union zu treffen, um für die Bürgerinnen und Bürger in Zeiten globaler Unsicherheit auch weiterhin den Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten.

Göttweig, 17. Juni 2012